

NZZ Online – 03. April 2020 05:41

«Der andere Blick»: Berlin schwankt zwischen Moral und Schübigkeit – die Corona-Krise wird zur Belastungsprobe für die EU

Deutschland will die Führungsmacht Europas sein, verhält sich aber wie dessen Chefbuchhalter. In der Corona-Krise setzt Berlin damit den Zusammenhalt in der EU aufs Spiel. Die EU droht zur leeren Hülle zu werden.

Eric Gujer

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick» von NZZ-Chefredaktor Eric Gujer speziell für Leserinnen und Leser in Deutschland. **Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos.** (Nicht in Deutschland wohnhaft? **Hier profitieren.**)

Krisenzeiten sind teure Zeiten. So stellen in Deutschland Bund und Länder unglaubliche 1,8 Billionen Euro bereit, um das Coronavirus zu bekämpfen. Es ist das grösste Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik. Wie Deutschland mobilisieren auch andere Nationen alle ihre Reserven, in der Krise beweist sich die Stärke des Nationalstaats. Die EU aber gibt kein gutes Bild ab, und das ist nicht die Schuld derer, die oft als Brüsseler Bürokraten tituliert werden.

Obwohl Covid-19 Europa bereits seit Wochen in seinem unsichtbaren Griff hält, tun sich die Mitgliedsstaaten schwer, Solidarität mit ihren am stärksten betroffenen Partnern zu zeigen. Eine Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs zu einem europaweiten Hilfspaket brachte kein greifbares Ergebnis. In der Krise ist sich jeder selbst der Nächste. Zwar nimmt etwa Baden-Württemberg Erkrankte aus dem Elsass auf, doch bringen solche humanitären Gesten keine echte Linderung.

In der Pandemie stellt sich die Schuldfrage nicht

Auch in Zeiten der Seuche ist Geld die Währung, die zählt. Italiens Staatsschulden betragen derzeit noch 135 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Experten schätzen, dass sie wegen der Pandemie auf 160 Prozent ansteigen könnten – auf einen Wert also, der Griechenland in den Abgrund riss und die Euro-Krise auslöste. Alle Europäer müssen daher ein grosses Interesse haben, Italien und anderen Ländern mit ähnlichen Problemen zu helfen.

Die Regierungen in Rom, Madrid, Paris und mehreren anderen Ländern fordern deshalb gemeinsame Anleihen. Wie in der Euro-Krise lehnen Berlin, Wien und Den Haag solche sogenannten Euro-Bonds ab, weil sie eine Vergemeinschaftung der Schulden fürchten. Wer sparsamer gewirtschaftet hat als andere, soll für die Aussenstände der Verschwender aufkommen: Das missfällt nicht nur der schwäbischen Hausfrau.

Berlin verweist zu Recht stolz auf die Haushaltsdisziplin, mit der es den in der Finanzkrise 2008 angehäuften Schuldenberg teilweise wieder abgetragen hat. Die schwarze Null ist und bleibt die grösste Leistung der an Glanzthaten sonst eher armen grossen Koalition. Dennoch muss man sich fragen, ob die Situation heute wirklich mit der Euro-Krise vergleichbar ist.

Diese wurde ausgelöst, weil Griechenland über Jahre den Maastrichter Stabilitätspakt verletzt und dies obendrein mit geschönten Bilanzen vertuscht hatte. Athen ging mit einer gehörigen Portion krimineller Energie zu Werke. Auch andere damals von der Staatspleite bedrohte Länder wie Italien oder Portugal waren in die gefährliche Lage gerutscht, weil sie sich in den Boomjahren nach Einführung des Euro allzu sorglos mit billigem Geld eingedeckt hatten.

Berlin argumentiert gern moralisch – warum nicht jetzt?

Die Pandemie jedoch ist nicht das Ergebnis eines Fehlverhaltens, und sie betrifft auch nicht nur einige wenige südeuropäische Missetäter, sondern den ganzen Globus. In Italien, wo nun die Särge von langen Militärkonvois abtransportiert werden, agierte die Regierung zu Beginn der Seuche nicht sorgloser als andere Staaten. Die EU hat den Anspruch, eine politische Union zu sein und nicht nur ein Stammtisch von Geizkragen. Daher lässt sich das Argument nicht einfach vom Tisch fegen, dass eine europäische Herausforderung auch eine gesamteuropäische Antwort verlangt.

Zudem haben sich auf Betreiben Deutschlands die politischen Rahmenbedingungen in der EU verschoben. Im Euro-Debakel liess sich Berlin wie in vielen Krisen zuvor von den eigenen Interessen leiten, die klar gegen eine Haftungsgemeinschaft sprachen. Dann aber kam die Flüchtlingskrise, und Deutschland verlegte sich auf eine moralische Begründung.

Im Jahr 2015 hiess es, die Aufnahme von einer Million Flüchtlingen sei eine moralische Verpflichtung, so wie andere EU-Staaten verpflichtet seien, sich solidarisch zu zeigen und einen Teil der Flüchtlinge zu übernehmen. Noch im letzten Jahr hielten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Aussenminister Heiko Maas Italien eine Standpauke und erklärten sinngemäss, die Schliessung der Häfen für Bootsflüchtlinge sei unmoralisch.

Italienische Politiker klagen an

Wäre in der Corona-Krise nicht eine von finanziellen Hintergedanken freie Solidarität ebenfalls ein moralisches Gebot? Die Bürgermeister von Bergamo, Mailand und Venedig sowie weitere italienische Regionalpolitiker sehen es so. Sie warnen Deutschland in einem ganzseitigen Inserat in der «FAZ» vor «kleinlichem nationalem Egoismus».

Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für den Bundespräsidenten, sich wieder an die italienische Nation zu wenden und zu erklären, dass Deutschland bedingungslos an ihrer Seite stehe – «whatever it takes», um die berühmte Formel von Mario Draghi aufzugreifen.

Natürlich gibt es den in der Euro-Krise geschaffenen Europäischen Stabilitätsmechanismus, einen mit 400 Milliarden Euro dotierten Fonds für Länder in Schieflage. Berlin möchte die Forderungen Italiens am liebsten an diese Kasse abschieben, was Rom umso mehr erzürnt.

Zum einen ist der Fonds völlig unzureichend ausgestattet, wenn man dem die 1,8 Billionen allein für Deutschland gegenüberstellt. Zum anderen müssen die Empfänger ihre haushaltspolitische Souveränität abgeben und Entscheide eines Direktoriums akzeptieren. Das Verfahren war gegenüber dem reichlich betrügerischen Griechenland angemessen, Italien in seiner jetzigen Situation würde dies als entwürdigend empfinden.

Der allerletzte Ausweg, wenn Politiker nicht mehr weiterwissen, ist die Europäische Zentralbank. Weil sich die Mitgliedsstaaten nicht einigen konnten, musste sie schon für den Euro den Rettungsanker auswerfen, indem sie fleissig Staatsanleihen zu kaufen begann. Damit operiert sie zwar hart am Rand der verbotenen Staatsfinanzierung mit der Notenpresse, aber in der Not frisst nicht nur der Teufel Unappetitliches.

Auch in der Corona-Krise griff die Zentralbank zu dem bewährten Instrument und legte einen Sonderfonds auf, der durchaus Wirkung zeigt. Seit seiner Ankündigung fielen die Zinssätze für italienische Staatspapiere wieder.

Die EU ist in Gefahr

In einer existenziellen Lage wie der grossen Seuche würde sich die EU indes blamieren, wenn sie deren Bewältigung wiederum allein auf die Zentralbank abwälzte; wenn sie also keine politische Lösung findet, die als ein Akt echten europäischen Zusammenhalts empfunden wird. Kommen Euro-Bonds nicht infrage, weil man aus guten Gründen eine Vergemeinschaftung der Schulden vermeiden möchte, sind Zuwendungen à fonds perdu denkbar. Dazu müsste man allenfalls das EU-Budget temporär aufstocken, wodurch alle Mitgliedsländer in die Pflicht genommen würden. Will man den am schlimmsten

heimgesuchten Ländern wirklich helfen, finden sich Wege, die Solidarität mit haushaltspolitischer Solidität zu verbinden.

Das wäre kein reiner Altruismus. Die EU stellt schon heute ein ziemlich anämisches Gebilde dar. In der Frage der Erweiterung ist sie zerstritten, bei der gemeinsamen Verteidigung kommt sie nicht voran, und um die Bedingungen des Brexits feilscht sie mit der Verbissenheit eines Krämers. Selbst über die gemeinsamen Werte besteht keine Einigkeit mehr. Wenn die EU auch in diesen speziellen Zeiten versagt, dann ist sie endgültig keine Union mehr, sondern nur noch ein blasses Rumpfgelbde.

Die Krise der EU wird verschärft, weil Deutschland als wirtschaftlich und politisch stärkste Macht zwischen Hypermoral und Schäbigkeit schwankt. In der gewiss wichtigen Flüchtlingsproblematik erschien keine Geste gross genug, bei Covid-19 hingegen dominiert bis anhin Kleinkariertheit. Aus diesem Zickzackkurs lässt sich weder eine glaubwürdige Politik des Idealismus und Internationalismus noch eine nüchterne, interessen geleitete Realpolitik herauslesen. So entsteht keine Führung.

Helmut Kohl wollte die Europapolitik noch gestalten, notfalls mit dem Checkbuch. Seine Nachfolger denken nur noch ans Portemonnaie und vergessen darüber das Gestalten. Deutschland will beides sein: Führungsmacht Europas und dessen Chefbuchhalter. Die beiden Rollen lassen sich aber nur bedingt vereinbaren.

Für die Bundesrepublik in ihrer verletzlichen Mittellage ist ein geeinter Kontinent seit sieben Jahrzehnten einer der zentralen Pfeiler ihrer Aussenpolitik. Die deutsche Exportwirtschaft profitiert vom Binnenmarkt und vom günstig bewerteten Euro. Gäbe es noch die Mark, hätte sie in der letzten Dekade wohl manche Aufwertung durchlaufen. Die Pandemie ist kein schlechter Zeitpunkt, um Vor- und Nachteile abzuwägen und sich zu überlegen, was Europa noch wert ist.